Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2020 Nr. 11 · 16. Jahrgang

Corona-Beschränkungen: Augenmaß statt Aktionismus



Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerin hatten starke Einschränkungen für die November-Wochen beschlossen. Die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter, (FOTO) kritisierten mehrere Aspekte des Pakets.

Sebastian Walter wirft den Regierungsspitzen vor, sie hätten die Einschränkungen im Hinterzimmer ausgehandelt: „Auch in Krisenzeiten bedarf es der demokratischen Legitimation durch Parlamente – nicht zuletzt, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten. Ministerpräsident Woidke muss jetzt wenigstens im Nachhinein eine Regierungserklärung abgeben, der Landtag muss über die Einschränkungen in einer Sondersitzung diskutieren und entscheiden."

Wichtig sei ein Vorgehen mit Augenmaß, so Walter: „Der Lockdown von Gastronomie und Kultur – wo die Hygienekonzepte bislang funktionieren – sind in diesem Ausmaß nicht verständlich, wir brauchen maßvolle Lösungen." Es gehe um Freiheitsrechte und um unser Sozialleben. „Nicht die Menschen müssen begründen, warum sie Freunde treffen wollen – der Staat muss konkrete Gründe benennen, warum er das untersagt."

Kathrin Dannenberg mahnte an, besonders jene zu schützen, die bisher am meisten unter den Kontaktbeschränkungen gelitten haben. „Als Kitas und Schulen geschlossen waren, mussten viele neben der Arbeit noch die Kinder betreuen – und für die Kinder und Jugendlichen hielt der Leistungs- und Notendruck unvermindert an." So etwas dürfe nicht noch einmal geschehen. Stattdessen brauche es endlich tragfähige Hygienekonzepte, um eine zweite Schließung von Schulen und Kitas zu verhindern. Außerdem müsse es weiterhin Möglichkeiten zur Entspannung geben, so Dannenberg: „Auch in der Pandemie brauchen die Menschen einen Ausgleich. Durch die Schließung aller Sport- und Freizeiteinrichtungen wird ihnen das extrem erschwert – das kann fatale Folgen haben."

„Die Pandemie-Krise ist keine kurzfristige Erscheinung", ergänzt Sebastian Walter. Jetzt komme es darauf an, Wirtschaft und Gesellschaft zu stabilisieren. „Wir müssen ein weiteres Soforthilfe-Chaos verhindern, und wir brauchen Sicherheit gerade auch für Geringverdiener – das heißt: Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent aufstocken und so ausweiten, dass auch Mini-Jobber und Teilzeitbeschäftigte davon profitieren."

Auch wir sind im Notfallmodus

Das Pandemiegeschehen hat mit dem sprunghaften Anstieg der Infektionszahlen erneut eine kritische Phase erreicht. Die Infektionswege sind nur noch eingeschränkt nachvollziehbar und die Infektionszahlen lassen bei ungebremstem Verlauf eine Überlastung der notfallmedizinischen Gesundheitsversorgung absehen. Deshalb gelten seit Anfang November erneut einschneidende Maßnahmen. Als LINKE setzen wir uns dafür ein, dass die damit einhergehenden Verdienstausfälle angemessen kompensiert werden und Angestellte, kleinere Firmen und Soloselbstständige diese Phase unbeschadet überstehen.

Auch wir als Partei DIE LINKE treten nun erneut in den Notfallmodus ein. Der für Ende Oktober geplante Bundesparteitag zur Wahl eines neuen Bundesvorstandes, musste verschoben werden. Auch die für den 5. Dezember geplante Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl steht infrage, da einige Kreisverbände ihre Vertreter*innen noch nicht gewählt haben und noch nicht alle Kandidat*innen nominiert sind.

In den kommenden Wochen, wahrscheinlich Monaten werden wir das physische Parteileben erneut auf ein Minimum reduzieren. Der Austausch wird weitestgehend durch Telefon- und Videokonferenzen stattfinden müssen. Der Kreisvorstand ist weiterhin per E-Mail unter info@dielinke-potsdam.de und telefonisch unter 0331-58392444 erreichbar und Terminvereinbarungen jederzeit möglich.

Bleiben Sie gesund und kritisch!

In dieser Ausgabe

2 LINKS in Europa
EU-Mindestlohn braucht rote Linie/ FRONTEX-Chef entlassen

3 LINKS intensiv
Petition: Mietensteigerung stoppen/ Krankenhauspolitik aktuell

4 LINKS im Kalender
200 Jahre Friedrich Engels/ Geschichte kehrt zurück ins Potsdam Museum

5 LINKS im Rathaus
Stege für den Griebnitzsee/ Sportflächen berücksichtigen/ Uferweg Speicherstadt/ Bürgervorschläge/ Gedenkkultur

6 LINKS DIREKT
Das Geschäft mit möbliertem Wohnen – AG Wohnen diskutiert/ Bürgerdialog/ BER-Katerstimmung/ Kinder- und Jugendpolitik mit Beiträgen von Norbert Müller (MdB) und Isabelle Vandre (MdL)/ Marquardt bekommt Bolzplatz

8 DIE LETZTE SEITE
Warnung vor illegalen Spendensammlern/ Sandmann länger im Filmmuseum/ "Turbine" dankt MBS/ Gärtnern in der „Wendeschleife"

Informationen der Redaktion

Die Dezember-Ausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am Donnerstag, 10. Dezember 2020. Redaktionsschluss ist am 1. Dezember.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Push-Backs: Frontex-Chef muss entlassen werden



Neues Lager für Geflüchtete auf der Insel Lesbos

Gemeinsame Recherchen von DER SPIEGEL und ARD, zusammen mit Lighthouse Reports, Bellingcat und Asahi TV, erbringen neue Beweise dafür, dass Frontex Menschen gewaltsam daran hinderte, in die EU zu gelangen. Laut dem jüngst veröffentlichten Bericht, war die europäische Küsten- und Grenzschutzbehörde wissentlich an illegalen und gewaltsamen Push-Backs von Migrant*innen und Geflüchteten in Griechenland beteiligt. Trotz eindeutiger Belege für Menschenrechtsverletzungen - unter anderem durch geleakte Dokumente - sowie anhand von Interviews mit Betroffenen und Mitarbeiter*innen von Frontex, bestreitet die Agentur jedoch jegliche Beteiligung an solchen Verstößen.

Noch im Juli erschien der Direktor von Frontex, Fabrice Leggeri, vor dem Innenausschuss des Europaparlaments (LIBE) und behauptete, ihm sei nur ein einzelner Fall solcher illegalen Zurückweisungen bekannt. Der veröffentlichte Bericht belegt jedoch nicht nur den umfangreichen Katalog an Verstößen, sondern auch, wie in internen Verfahren bei Frontex aktiv Hinweise auf Push-Backs entfernt werden. CORNELIA ERNST, innenpolitische Sprecherin der Linken im Europaparlament, kommentiert die Ergebnisse der Recherchen: "Dieser Bericht belegt, was NGOs, Forscher*innen, Anwält*innen und viele andere seit Monaten sagen: Frontex sind die illegalen Zurückweisungen von Menschen in die Türkei nicht nur bekannt, nein, Frontex ist an diesen Verstößen gegen europäisches und internationales Recht auch aktiv beteiligt! Die Recherchen zeigen, wie eine EU-Agentur mit Behörden in den Mitgliedstaaten gemeinsame Sache machte, um diese Rechtsbrüche unter den Teppich zu kehren. Und bewiesen ist damit auch, dass Fabrice Leggeri den Innenausschuss belog, als er im Juli sagte, dass Frontex keine weiteren Push-Backs bekannt seien.“

„Diese Verstöße müssen sofort ein Ende haben und die EU-Kommission muss entsprechend reagieren: Leggeri ist untragbar geworden und muss umgehend seines Amtes enthoben werden. Auch gegen Griechenland, Portugal und Rumänien müssen nun Vertragsverletzungsverfahren wegen ihres Anteils an diesen Verstößen eingeleitet werden. Wenn die EU-Kommission dieses Handeln von Frontex nicht sofort unterbindet, halten wir die vdL-Kommission von nun an für mitschuldig an den Push-Backs und Verstößen gegen EU-Recht.“

EU-Mindestlohn braucht rote Linien statt unverbindlicher Kriterien

Die EU-Kommission stellte heute ihre Eckpunkte für eine geplante EU-Mindestlohn-Richtlinie vor. Dazu erklärt ÖZLEM ALEV DEMIREL, Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) sowie sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN im Europaparlament:

“Entscheidend für die Bekämpfung von Armutslöhnen ist, wie hoch die Lohnuntergrenze in einem EU-Land angesetzt wird. Hierzu muss es klare Kriterien geben, die in keinem Mitgliedstaat unterboten werden dürfen. Doch genau hier versagt der Vorschlag der EU-Kommission. Die Initiative enthält zwar sinnvolle Kriterien, die für die Setzung der Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten herangezogen werden müssen, doch bleiben sie unkonkret. Die EU-Kommission hätte klare Mindestbedingungen verankern müssen, die unmissverständlich und nach oben offen sind, aber nach unten eine klare rote Linie ziehen. Dafür streitet DIE LINKE im Europaparlament.“

„Vage Definitionen hingegen helfen nicht weiter. Daher unterstützen wir die Forderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes ETUC für eine doppelte Grenze für Mindestlöhne in der EU, die nach Lage in den Mitgliedstaaten nur oberhalb des 60 Prozent Median-Lohns (Kaitz-Index) und 50 Prozent des Durchschnittslohns liegen dürfen. Denn da, wo der Median-Lohn in Mitgliedstaaten zu niedrig liegt, braucht es eine zweite offizielle Grenze. Allein mit dem Kaitz-Index müsste der Mindestlohn in Deutschland bereits seit einigen Jahren etwa bei zwölf Euro liegen. Diese doppelte Grenze würde in quasi allen Mitgliedstaaten zu einer Erhöhung der Mindestlöhne führen und das ist bitter notwendig.”

„Zu begrüßen ist der in den EU-Eckpunkten enthaltene Vorschlag zur Stärkung der Tarifbindung. Denn die Skepsis vieler skandinavischer Gewerkschaften gegenüber einer EU-Initiative ist mit Blick auf EU-Entscheidungen in der Vergangenheit nicht unbegründet. Bisher hatte die EU mit einer Politik der Deregulierung einen eindeutig negativen Beitrag zur Lohnentwicklung in Europa geleistet. Durch die Konkurrenz auf dem europäischen Binnenmarkt zu Beginn der 2000er Jahre wurde der Druck auf Löhne massiv erhöht. In vielen Mitgliedstaaten ist die Tarifbindung zurückgegangen. Kämpfe um Arbeitssicherheit, gute Arbeitsbedingungen und steigende Löhne wurden erschwert und der Mindestlohn-Realwert blieb zu niedrig. Aktuell ist jede/r zehnte abhängig Beschäftigte in der EU von Armut bedroht und kann von seiner/ihrer Arbeit nicht leben. Insbesondere, wenn eine Familie versorgt werden muss. Um diesen Trend zu durchbrechen, muss nun in der EU auch über diese Themen verstärkt gesprochen werden. Dass die Initiative überhaupt erst in Angriff genommen wurde, hat mit dem Unmut der Bevölkerungen und Gewerkschaften über diese Entwicklungen zu tun.“

„Wir als Linke haben uns auch für eine EU-Mindestlohninitiative stark gemacht. Klar ist dabei: Die EU-Kommission selbst darf keine Lohnpolitik machen, diese obliegt der Tarifautonomie. Die Kommission muss lediglich den unteren Rahmen für Mindestlöhne verankern, damit die Abwärtsspirale und die negative Entwicklung gestoppt wird und damit die EU-Institutionen in Zukunft nicht mehr Tarifverträge und Mindestlöhne in Frage stellen können. Der Hinweis, dass in Mitgliedstaaten, in denen die Tarifbindung weniger als 70 Prozent der abhängig Beschäftigten umfasst und ein Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung erstellt werden muss, ist zu begrüßen. Denn es kann nicht sein, dass in 14 EU-Mitgliedsstaaten nur weniger als die Hälfte der abhängig Beschäftigten durch einen Tarifvertrag abgesichert ist. Dass die Tarifbindung nach dem Vorschlag der Kommission zumindest in besonders prekären Bereichen angehoben werden soll, ist ein Schritt in die richtige Richtung.“

„Die Linke wird im Parlament dafür kämpfen, dass dieses zarte Pflänzchen nicht durch den Einfluss von arbeitgebernahen Lobbygruppen und Mitgliedstaaten verwässert wird. Wenn die EU-Kommission jetzt einen Beitrag für bessere und höhere Löhne leisten möchte, kann sie mit unserer Unterstützung rechnen. Bei Vorschlägen für eine Stagnation der Lohnentwicklung oder gar für eine Abwärtsspirale, werden wir entschieden dagegen angehen. Alle Maßnahmen, die durch die Hintertür den Druck auf Löhne und Tarifverträge erhöhen, werden wir konsequent ablehnen.“

Mietsteigerungen bremsen, jetzt!

Online Petition des Deutschen Mieterbundes Land Brandenburg e.V.



Wir bitten Sie, die Forderungen des Deutschen Mieterbundes Land Brandenburg zu unterstützen und dahingehend auf die Landesregierung einzuwirken:

• Die Kappungsgrenzen- und die Mietpreisbegrenzungsverordnung werden für 5 Jahre fortgesetzt.

• Die Kappungsgrenzen- und die Mietpreisbegrenzungsverordnung erfasst alle Gemeinden des Landes Brandenburg, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist.

• Im Jahr 2024 erfolgt eine erneute Prüfung der Wohnungsversorgung.

• Für die Erstellung von Mietspiegeln, ist eine Förderung für die Gemeinden zu etablieren.

• Das Gutachten zu den Verordnungen des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung ist sofort freizugeben.

Mietsteigerungen bremsen, jetzt!

Unsere Landesverfassung schützt in Art. 47 das Recht auf eine angemessene Wohnung. Deshalb muss für jeden Brandenburger Bürger und Einwohner eine Wohnung bezahlbar sein. Das Land ist verpflichtet, das mit geeigneten Maßnahmen sicher zu stellen. Eine Erhöhung der Miete von 15 Prozent in 3 Jahren ist mehr als genug. Bei Wiedervermietung mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Miete verlangen zu können, verschließt vielen Menschen die Möglichkeit, eine angemessene Wohnung zu mieten.

Es ist keine geeignete Maßnahme am 31. Dezember 2020 die Kappungsgrenzen- und die Mietpreisbegrenzungsverordnung für Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten nicht fortzuführen.

Das gefährdet den sozialen Frieden.

Berlin hat einen Mietendeckel; die Bundesregierung hat gerade eine Verschärfung der Mietpreisbremse im BGB geschaffen; und das Land Brandenburg will die Kappungsgrenzen- und Mietpreisbegrenzungsverordnung nicht fortführen. Familien, Rentner, Alleinerziehende, Arbeitslose und Geringverdiener, Auszubildende und Studenten brauchen dringender denn je den Schutz dieser Verordnungen.

Das beauftragte Gutachten soll erst Ende November 2020 vom zuständigen Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung frei gegeben werden.

Eine wirkliche Beteiligung des einzigen Interessenvertreters der Mieterinnen und Mieter, dem Mieterbund des Landes Brandenburg, war und ist offenbar nicht beabsichtigt.

Transparente Politik sieht anders aus.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung,

Deutscher Mieterbund
Land Brandenburg e.V. aus Potsdam

Liebe Leserinnen und Leser,
wir als Potsdamer LINKE. unterstützen das Anliegen dieser Online Petition und rufen Euch dazu auf, unter www.openpetition.de mitzuzeichnen.

Martina Trauth,
Kreisvorsitzende

Wie gut sind unsere Krankenhäuser?

Stehen die Patienten im Mittelpunkt? Von Anita Tack, Ex-Gesundheitsministerin in Brandenburg

Die Coronakrise hat uns erneut deutlich aufgezeigt, dass das Gesundheitswesen krank ist und eine konsequente Umgestaltung braucht.

Es gibt in der Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung eine breite Vielfalt. Diese und das unentschlossene bzw. halbherzige Agieren der Regierungsmehrheit von CDU/CSU und SPD im Bund verhindern, dass es zu konsequenten politischen Entscheidungen für eine Reform kommt, die das Gesundheitssystem in den Länder und Kommunen zukunftsfähig gestaltet.

Für uns LINKE steht fest, dass das Gesundheitswesen mit seinen drei Bereichen

* die ambulante Versorgung über die Haus- und Fachärzte, am besten zur Versorgung aus einer Hand in Polikliniken und Gesundheitszentren,
* die stationäre Versorgung in materiell und finanziell gut ausgestatteten Krankenhäusern (die Fallpauschale je Auslastung der Krankenhausbetten gehört abgeschafft!) und mit bestens qualifizierten, gut bezahlten und zahlenmäßig ausreichendem Personal, und mit strengsten hygienischen Bedingungen und
* der Öffentliche Gesundheitsdienst mit finanziell und personell ausreichend ausgestatteten Gesundheitsämtern in die öffentlichen Hände der Kommunen und Länder gehört.

Bestmögliche Pflege im Mittelpunkt

Corona hat es deutlich gemacht. Hier überall klemmt die Säge und zwar gewaltig! Der Bund hat die Schaffung von mehr Coronastationen und Intensivbetten bis 30.9.20 gut finanziert. Es gab mehr Geld und das hat den meisten Krankenhäusern finanziell geholfen. Und was passiert jetzt in der zweiten Welle? Die Corona- und Intensivbetten werden belegt, aber es gibt ein riesiges Defizit an Pflegepersonal, vor allem zur Intensivpflege. Das ist die Langzeitwirkung einer jahrelang verfehlten Krankenhauspolitik des Bundes, die den Fokus ausschließlich auf die Wirtschaftlichkeit richtete und nicht auf die bestmögliche Pflege der Patienten.



Auf den Schultern des Pflegepersonals wurde die Last abgeladen. Viele von ihnen sind am Limit und haben Angst vor der Belastung durch die zweite Coronawelle. Das Pflegepersonal braucht Arbeitsbedingungen auf Augenhöhe mit dem medizinischen Personal. Es braucht eine angemessene Bezahlung, so wie es z.B. in unserem städtischen Klinikum EvB dank des Bürgerbegehrens und des SVV-Beschlusses erreicht wurde. Es braucht gute Qualifizierungsmöglichkeiten und verlässliche Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, denn Schichtbetrieb schlaucht!

In meiner Amtszeit konnte ich bereits 2013 als Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz unsere Positionen für die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit dem Schwerpunkt Gesundheitsämter und für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung vertreten. Leider gab es dafür keine Mehrheit. Es musste wohl erst die Coronakrise kommen, damit die Bundespolitik von schwarz/rot endlich aufwacht und das Dilemma wahrnimmt. Aber wird das auch zu den folgerichtigen Gesetzen führen?

Krankenhäuser in Öffentliche Hand

Im Übrigen hat Gregor Gysi Recht, wenn er in der Bundestagsdebatte zur Deutschen Einheit am 29. Mai darauf hinwies, dass wir in der DDR besser auf extreme Situationen, wie Pandemien und Hochwasserkatastrophen vorbereitet waren... Die Bereitschaft des Westens auch von unseren Erfahrungen lernen zu wollen, hätte vieles verhindern bzw. besser machen können ...

Und auch der Erfahrungsaustausch bleibt mir wichtig. Anfang November war ich beim kaufmännischen Direktor des städtischen Klinikums Dresden, das als Eigenbetrieb der Stadt organisiert ist. Schnell waren wir uns einig darüber, dass Krankenhäuser in öffentliche Hand gehören, um die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für die Bevölkerung zu sichern. Denn die gehört in den Mittelpunkt und nicht der ständige Kampf um Wirtschaftlichkeit mangels Finanzierung durch den Bund. Und Fakt ist auch, wir brauchen mehr und gut qualifiziertes Pflegepersonal, das auf Augenhöhe mit den Ärzt*innen Verantwortung trägt. Und Hygiene und Arbeitsmedizin brauchen größere Aufmerksamkeit im Krankenhaus. Dr. Kristin Kaufmann als zuständige Bürgermeisterin (DIE LINKE) macht in Dresden dafür eine gute Arbeit.

Es bleibt dabei! Wir LINKE kämpfen für den notwendigen Umbau des Gesundheitswesens. Es gehört in öffentliche Hand, ist eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung und unsere Krankenhäuser sichern vielerorts für viele Menschen sichere Arbeitsplätze.

Ein Stück Geschichte kehrt zurück



Martin Hoernes und Dr. Jutta Götzmann bei der Präsentation des Gemäldes „Selbstporträt vor Abend über Potsdam“ von Lotte Laserstein. Foto: Potsdam Museum/ Elke Böttcher

Das Potsdam Museum hat seine Kunstsammlung dank der Ernst von Siemens Kunststiftung um ein besonderes Werk erweitern können. Das 1950 entstandene Gemälde „Selbstporträt vor Abend über Potsdam“ von Lotte Laserstein wurde von der Stiftung aus englischem Privatbesitz erworben und durch dessen Generalsekretär Dr. Martin Hoernes an das Potsdam Museum übergeben.
„Für die Ernst von Siemens Kunststiftung war es Ehrensache zu gewährleisten, dass Lotte Lasersteins Selbstporträt seine Heimat in Potsdam findet. Bereits am Erwerb des 1930 entstandenen Schlüsselwerks ‚Abend über Potsdam‘ für die Berliner Nationalgalerie beteiligt, erwirbt die Kunststiftung jetzt das Selbstporträt von 1950, das, Abend über Potsdam‘ erneut in Szene setzt. Beide Werke können nun in nächster Nähe besucht werden und erinnern an die scharfsichtige, leider aus Deutschland vertriebene Künstlerin“, sagt Dr. Martin Hoernes.
Museumsdirektorin Jutta Götzmann bezeichnet das mittelformatige Porträt als ein für die Potsdamer Sammlung überaus wichtiges Schlüsselwerk und dankt der Ernst von Siemens Kunststiftung für ihr großes Engagement. Das Gemälde soll einen sichtbaren Platz in der neuen Ständigen Ausstellung 2023 finden.
Lotte Laserstein (1898–1993) war hierzulande lange Zeit in Vergessenheit geraten. In den vergangenen Jahren sind die Werke der deutsch-jüdische Künstlerin wiederentdeckt worden. Laserstein, die 1937 vor den Nazis nach Schweden emigrierte, besinnt sich in ihrem Hauptwerk „Abend über Potsdam“ auf die Berliner und Potsdamer Zeit.
"Der Abend an einer langen Tafel auf einer Potsdamer Dachterrasse, vermutlich am westlichen Ende der Gregor-Mendel-Straße ist der Schauplatz des Hauptwerks, verbunden mit der Bildsprache des letzten Abendmahls und dem Panorama auf das historische Zentrum Potsdams mit Nikolaikirche und unzerstörter Garnisonkirche. Die Desillusion und Orientierungslosigkeit am Beginn des aufziehenden Nationalsozialismus wird in dem Bild mit künstlerischer Perfektion ins Bild gesetzt. Lotte Laserstein war dieses Werk, das sie im Kreis der Potsdamer Freunde initiierte, so wichtig, dass sie es mit ins schwedische Exil nahm und über Jahrzehnte im eigenen Besitz behielt. Sie muss es selbst als Schüsselwerk ihrer Kunst wertgeschätzt haben.", erklärt Götzmann.
Lasersteins „Selbstporträt vor Abend über Potsdam“ besitzt einen ganz unmittelbaren Bezug zum „Abend über Potsdam".

Friedrich Engels - Der Fabrikant, der den Marxismus „erfand“



Wer Marx sagt, muss auch Engels sagen. Was im Zwanzigsten Jahrhundert unter dem Label „Marxismus“ firmierte, war auch die Schöpfung des vielseitig begabten Fabrikantensohns aus Wuppertal.
Der am 28. November 1820 geborenen Friedrich Engels war ein kraftvoller und originärer Denker, ein blendender Stilist/Journalist und kreativer Philosoph, der bahnbrechende Schriften zur Dialektik von Natur und Gesellschaft, aber auch zu Fragen von Kolonialismus, Naturwissenschaft und Feminismus vorgelegt hat.
Nach dem Tod von Karl Marx war er es, der das Erbe seines Freundes verwaltet und als einflussreicher Organisator in die "Zweite Internationale" eingebracht hat. Im Grunde war Friedrich Engels es, der den Marxismus erst „erfunden“ hat.
Friedrich Engels zeigte sich überzeugt, dass Marx ein "Genie" und er bloß ein "Talent" gewesen sei. Zeitgenossen sehen das anders. Für sie war der viktorianische Baumwoll-Lord ein eigenständiger und bemerkenswert offener Denker, der die doktrinäre Interpretation seiner und Marxens Theorien radikal abgelehnt hätte.

"Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“
Kurz vor Ausbruch der 1848er-Revolution veröffentlicht Engels zusammen mit Karl Marx eine der folgenreichsten Schriften der Menschheitsgeschichte: das „Kommunistische Manifest“. Es enthält zum ersten Mal die Grundpositionen der Theorie des Marxismus und hebt besonders den Klassenkampf und die internationale Solidarität des Proletariats als Grundlagen für die Überwindung des Kapitalismus hervor.
Wenn wir heute - nach mehr als eineinhalb Jahrhunderten - das Kommunistische Manifest lesen, dann muss es uns erstaunen, mit welcher rhetorischen Gewalt die beiden ein Wirtschaftssystem beschreiben, das zu dem Zeitpunkt noch nicht existierte. Aber das man ja beispielsweise jederzeit in das Jahr 2008 und zur Lehman-Brothers-Pleite hindenken könnte. Sofort! Es ist faszinierend.

"Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus“
Die Philosophie und Politikwissenschaft analysiert und bewertet mittlerweile die Texte von Marx und Engels in ihrem historischen Kontext. Schließlich haben die beiden Philosophen ihre Positionen zu einzelnen Themen immer wieder variiert und ständig neu adaptiert.
„Die ganze Auffassungsweise von Marx ist keine Doktrin, sondern eine Methode…“ schreibt Engels wenige Monate vor seinem Tod. „Die Marxsche Methode gibt keine fertigen Dogmen, sondern Anhaltspunkte zu weiterer Untersuchung und die Methode FÜR diese Untersuchung.“
Immer wieder warnte Engels davor, Marx’ Theorien in das „starre Dogma einer rechtgläubigen Sekte zu verwandeln.“ „Die sogenannte sozialistische Gesellschaft ist nach meiner Ansicht nicht ein ein für alle Mal fertiges Ding, sondern, wie alle anderen Gesellschaftszustände, als in fortwährender Veränderung und Umbildung begriffen zu fassen.“
Vieles spricht dafür, dass Marx und Engels nach den Erfahrungen des Zwanzigsten Jahrhunderts heute für einen „demokratischen Sozialismus“ plädieren würden. Engels hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Kapitalismus erst dann einem solidarischeren Wirtschaftssystem Platz machen könnte, wenn er zur globalen Kraft aufgestiegen sei. Eine Entwicklung, die gerade eben im Gange ist.

Bernd Martin

Steganlagen am Griebnitzsee



Die Herstellung des freien Uferzugangs und die Umwandlung des ehemaligen Postenwegs in einen Uferweg am Griebnitzsee war eine wichtige Errungenschaft der friedlichen Revolution 1989 und der Herstellung der Deutschen Einheit 1990. Diese Entwicklung wurde 15 Jahre später umgekehrt, indem Grundstückseigentümer ihre Abschnitte des Uferwegs für den freien Zugang gesperrt haben. Seitdem führt die Stadt mit den Mitteln des Planungsrechts eine Auseinandersetzung, die bisher ohne Erfolg geblieben ist. Es zeichnet sich ab, dass ein freier Uferzugang erst nach einem langen Zeitraum wieder erreichbar sein wird. Um in absehbarer Zeit den Zugang zum Ufer am Griebnitzsee für alle wieder zu ermöglichen, sollte die Stadt den Versuch unternehmen, durch den Bau von Steganlagen, auch abschnittsweise, den gegenwärtigen Zustand zu beenden. Vor dem Hintergrund des 30. Jahrestages der Deutschen Einheit bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung den Willen und das Ziel, den Uferweg am Griebnitzsee wieder für die Öffentlichkeit frei zugänglich zu machen. Die Fraktion DIE LINKE beauftragt den Oberbürgermeister, unter den aktuell gegebenen Rahmenbedingungen die Möglichkeit zu prüfen, durch den Bau von Steganlagen im Griebnitzsee die von den Anliegern gesperrten Teile des Uferwegs zu überbrücken und auf diese Weise als Übergangslösung bis zu einer durchgängigen Wiederherstellung eines öffentlichen Uferweges, eine wasserseitige Begehbarkeit zu ermöglichen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Berücksichtigung von Sportflächen bei der Stadtentwicklung

In Potsdam werden Wohnungen und Wohnquartiere gebaut, ohne das eingeplant wird, dass die dort zukünftig lebenden Menschen Sportflächen brauchen. Auch die neu entstehenden Kitas und Schulen haben zusätzliche Bedarfe an Sportflächen. Dadurch entstehen im Nachhinein Konflikte mit Anwohnern und Trägern öffentlicher Belange. Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der den Oberbürgermeister beauftragt, den im Sportentwicklungsplan ermittelten langfristigen Bedarf an Sporteinrichtungen, insbesondere an wettkampffähigen Sportplätzen und -hallen, in die integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung aufzunehmen und kontinuierlich fortzuschreiben. Soweit erforderlich, sind für die zukünftige bauliche Umsetzung durch Änderungen des FNP und Einleitung von B-Planverfahren die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Bei der Entwicklung neuer Quartiere sind entsprechende Vorhalteflächen auszuweisen und Finanzierungen zu sichern. Mögliche Konflikte mit Anwohnern und Trägern öffentlicher Belange sind vorausschauend zu identifizieren und durch geeignete Maßnahmen möglichst zu vermeiden.

Sascha Krämer

Stadtverordnete stimmten über Bürgervorschläge ab

Die Stadtverordneten haben am 4. November 2020 auch über die wichtigsten 20 Bürgervorschläge abgestimmt. Acht Anregungen wurden angenommen oder befinden sich bereits in Umsetzung, zwei Ideen sollen weitergehend geprüft werden und acht Hinweise fanden keine Mehrheit. So soll es bspw. kein städtisches Geld mehr für den Wiederaufbau der Garnisonkirche geben, für die Schlösserstiftung aber schon. Dem Wunsch nach kostenfreien ÖPNV wurde nicht entsprochen und auch nicht dem des Walderhalts im Streit um den geplanten Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd. Hundebesitzer dürfen aufatmen. Die Hundesteuer wird nicht erhöht.
Die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zur „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ des Potsdamer Bürgerhaushalts 2020/21 im Einzelnen:

Angenommen
· Kein Städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche
· Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern
· Fahrradwege in Potsdam ausbauen und sicherer gestalten
· Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima

Bereits in Umsetzung
· Faire Bezahlung: Tarifvertrag im Klinikum Ernst von Bergmann
· Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen
· Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam
· Müllvermeidung vor Müllentsorgung: Pfandbechersystem

Prüfaufträge an die Verwaltung
· Open-Source-Software für die Stadtverwaltung
· Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere

Abgelehnt
· Hundesteuer in Potsdam erhöhen
· Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung
· Kein Stadtgeld für die Schlösserstiftung (Eintritt für Parks)
· Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für Potsdam
· Feuerwerke einschränken/ verbieten
· Entlastung des Potsdamer Nordens: 2. Nord-Süd-Verbindung Straßenbahn
· Walderhalt im Planungsverfahren „Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd“
· Umgehungsstraße bauen (Havelspange, 3. Havelübergang)
· Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als „Herzbad im Volkspark“

Ein Stück Demokratiegeschichte in Potsdam



Vor 5 Jahren brachte DIE LINKE den Antrag ein, um an die Vorkommnisse im März 1920 zu erinnern und der Toten zu gedenken. Heute ist es endlich soweit. Ich freue mich, dass wir die Potsdamer Gedenkkultur um eine weitere Komponente bereichern. Was einst nicht gelang, hat DIE LINKE mit hartnäckigem Bohren erreicht. Die Erinnerung zeigt uns, dass wir Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat nicht als etwas Selbstverständliches hinnehmen dürfen, sondern dass wir dies täglich erkämpfen und verteidigen müssen.

Volker Bartsch - SeiTiGKeiTeN



Die 9. Skulptur des „Walk of Modern Art. Öffentliche Kunst“ entlang der Alten Fahrt finde ich prima.
1988 wurde Berlin „Europäische Kulturstadt“. In diesem Zusammenhang schuf Volker Bartsch als einer von 15 teilnehmenden Künstlern des Bildhauersymposiums E88 am Kulturforum die Skulptur „SeiTiGKeiTeN“ unter dem formalen, künstlerischen und politischen Gedanken der Zusammengehörigkeit von Ost und West. Bartsch wählte zwei unterschiedliche Materialien, welche gleichsam zwei entgegen gesetzte Regionen Deutschlands verkörperten: naturbelassener Granit aus dem Fichtelgebirge sowie industriell gefertigte Bronze aus dem Ruhrgebiet. In ihrer Gegensätzlichkeit sind die beiden Teile doch in der Skulptur untrennbar miteinander verbunden. Die Skulptur „SeiTiGKeiTeN“ ergänzt seit kurzem den Potsdamer Skulpturenpfad zwischen der Schiffbauergasse und der Innenstadt. *Sascha Krämer*

Keine Räumungen und Stromsperren in der Pandemie

Während der andauernden Corona-Pandemie wollen die PRO Potsdam und die EWP auf den Vollzug von Zwangsmaßnahmen wie Räumungen und Stromsperrungen verzichten. Die Kooperation aus SPD, DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen begrüßt diesen Schritt.
„Ich bin froh, dass die Pro Potsdam inzwischen selbst aktiv geworden ist. Von einem kommunalen Wohnungsunternehmen hätte ich jedoch erwartet, von vornherein auf Zwangsräumungen zu verzichten - insbesondere vor dem Hintergrund des Pandemiegeschehens und des näher rückenden Winters. Dass dazu erst eine Presseberichterstattung und unsere Ankündigung eines Dringlichkeitsantrages notwendig gewesen sind, bedaure ich. Was jetzt jedoch zählt ist, dass Mieterinnen und Mieter vor Zwangsräumungen und Stromsperren geschützt sind“, so Isabelle Vandre, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung.
Sarah Zalfen, Co-Fraktionsvorsitzende der SPD: "Wir begrüßen es, dass die EWP und die PRO Potsdam hier aktiv ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Zur Verhinderung sozialer Notlagen müssen gerade in der Pandemie die Verwaltung, die kommunalen Unternehmen und auch ergänzende Hilfsangebote der freien Träger Hand in Hand gehen."
Wir sind davon überzeugt, dass unsere kommunalen Unternehmen grundsätzlich sorgfältig und verantwortungsbewusst mit der Verhängung von Zwangsmaßnahmen umgehen. Saskia Hüneke, Co-Fraktionschefin von Bündnis90/Die Grünen: „Wir bedauern den kürzlich bekannt gewordenen Einzelfall. Wir wissen aber, dass die Pro Potsdam bereits seit längerem Maßnahmen zur Vermeidung von Zwangsräumungen aufgestellt hat. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Pro Potsdam und die EWP jetzt erneut Maßnahmen für die aktuelle Pandemiesituation auf den Weg gebracht haben.“

Das Geschäft mit möblierten Wohnungen

Wie die Miete von Potsdam über Luxemburg nach Panama wandert



Im Sommer veröffentlichte die Rechercheguppe des Netzwerkes "Stadt für alle" eine Studie zu intransparenten Eigentumsstrukturen einer Gruppe von Immobiliengesellschaften, die in Potsdam in den letzten Jahren in das Geschäft der Vermietung möblierter Wohnungen eingestiegen sind. Die Studie ist hier abrufbar:
http://potsdam-stadtfueralle.de/wp-content/uploads/2020/06/VonPotsdamNachPanamaUndZurueck.pdf

Die AG Wohnen nahm die Studie zum Anlass, um mit interessierten Genoss*innen im Kreisverband und Aktivist*innen im linken Spektrum über den Einfluss ins Gespräch zu kommen, den Finanzinvestoren auf Entscheidungen die Stadtpolitik und darüber hinaus auf die realen Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse der Potsdamer Einwohner*innen haben.
Für den 28. Oktober 2020 wurde zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Wie allerdings so vieles in diesen Tagen blieb die Veranstaltung nicht unverschont vom Pandemiegeschehen: Angesichts der steigenden Infektionszahlen wurde die Gesprächsrunde aus den Räumen der Rechenzentrums in das virtuelle Medium Internet verlegt. Zehn Teilnehmer*innen schalteten sich schließlich in den Videokanal ein (ja, es hätten auch einige mehr sein können!)

Zu zwei Fragen gab es Einführungsvorträge:
- Wie funktioniert das Geschäftsmodell der Vermietung möblierter Wohnungen in Potsdam?(Bernhard Bielick)
- Wie können international organisierte Immobilienfirmen legal Steuervermeidung betreiben? (Holger Zschoge)

Möblierte Wohnungen werden im Allgemeinen Arbeitspendlern, Projektbeschäftigten oder Studierenden zur Nutzung auf Zeit überlassen. Für diesen ‘vorübergehenden Gebrauch’ gelten die Schutzbestimmungen des Mietrechts bzgl. Kündigung und Mietpreisfestlegung nicht. Letzteres erlaubt dann, gegenüber der dauerhaften Vermietung einer Leerwohnung eine Extra-Rendite zu erwirtschaften. Begründet wird der erhöhte Mietpreis von Vermieterseite mit einem Möblierungszuschlag, dessen Höhe allerdings im Mietvertrag nicht genau beziffert werden muss und so Spielraum für kreative Gestaltung lässt. Pauschalmieten von 20 bis 30 Euro pro Quadratmeter sind deshalb keine Seltenheit.
In dieses wachsende Marktsegment drangen in den letzten Jahren vermehrt Immobiliengesellschaften mit Sitz in Luxemburg oder den Niederlanden. Diese Gesellschaften sind in der Regel Töchter einer im gleichen Lande ansässigen Muttergesellschaft, von der sie unternehmensinterne Kredite erhalten. Diese Konstruktion ermöglicht, den in Potsdam anfallenden Gewinn aus Mieteinnahmen herunterzureichen, im extremen Fall bis auf Null oder einen Verlust, so dass letzten Endes nur ein geringer Teil der fälligen Körperschafts- oder Gewerbesteuer an den deutschen Fiskus gezahlt wird.
Das Miet- und Steuerrecht der Bundesrepublik gestattet internationalen Finanzinvestoren somit eine Geschäftspraxis, die dem Gemeinwesen doppelten Schaden zufügt:
Zum Ersten können die Unternehmen hier in Potsdam ganz legal Extra-Rendite aus Mieteinnahmen generieren, zum Zweiten wird ihnen dann erlaubt, die erzielten Gewinne ins Ausland zu transferieren, ohne dass für Stadt, Land oder Bund nennenswerte Steuererträge abfallen.

“Was kann die Kommune dagegen tun?”
Diese Frage beschäftigte die Teilnehmer*innen in der Diskussion.
Zwar kann die Kommune die Ausnahmetatbestände und Schlupflöcher nicht beseitigen, aber es bleiben durchaus Handlungsspielräume für die verschiedenen lokalen Akteure:
Die Stadtverwaltung sollte bei Bauvorhaben eine gründliche Abwägung der sozialen Folgen vornehmen, bevor sie eilfertig den roten Teppich für internationale Finanzinvestoren ausrollt. Stadtverordnete sollten bei Beschlussfassungen auch im Blick haben, dass nicht jedes Immobilienprojekt auch tatsächlich Vorteile für die Stadt bringt. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen die Prozesse kritisch begleiten und sich, wenn die Nachteile offensichtlich werden, dürfen sich nicht zurückhalten, einen rebellischen Protest zu entfachen, der Finanzinvestoren das Geschäft schwer macht.
In einem Punkt waren sich die Teilnehmer*innen der Diskussion einig: Nur das Zusammenwirken von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten verspricht Erfolg, wenn man sich gegen mächtige Finanzinvestoren zur Wehr setzen will, die in Potsdam für über den Globus vagabundierendes Kapital renditenträchtige Anlageobjekte suchen.

Was sind die nächsten Vorhaben der AG Wohnen?
November/ Dezember 2020: Vorbereitung auf das Werkstattverfahren zu Bodenpolitik
Januar 2021: Klausur zur Planung der Aktivitäten für das Jahr 2021
AG Wohnen
Übrigens: Die AG Wohnen sucht noch Mitstreiter*innen.
Du hast Interesse?
Dann melde Dich bei isabelle.vandre@dielinke-potsdam.de

Kinderrechte in Zeiten von Corona – die zweite Welle



Foto: Deutscher Bundestag/ Henning Schacht

Die zweite Welle der Corona- Pandemie ist in vollem Gange, die Infektionszahlen sind auf einem Höchststand und ein Lockdown-Light ist bereits im Laufen. Anders als im Frühjahr bleiben KiTa und Schule prinzipiell geöffnet und werden nur in Infektionsfällen geschlossen. Man könnte meinen, Bundes- und Landesregierungen hätten ihre kinderrechtliche Lektion gelernt, die Zwischenzeit genutzt und alle kinderbezogenen Institutionen bestmöglich auf den erneuten Ausnahmezustand vorbereitet. Dem ist leider mitnichten so. Das mussten auch unsere geladenen Sachverständigen in der Kinderkommission feststellen, als es darum ging, wie das Krisenmanagement von Bund und Ländern, die Situation in KiTa und Kindertagespflege beeinflusst hat. So erschien es Dr. Elke Alsago (ver.di) „frappierend", dass im politischen Diskurs derzeit nur noch vom „Funktionieren" der KiTa die Rede sei. In mehreren Bundesländern wurden die Betreuungsschlüssel aufgeweicht und das Fachkräftegebot verwässert, um die „Aufsicht" über die Kinder noch zu gewährleisten. Die eigentlichen Bildungs- und Begegnungseinrichtungen werden so Verwahrungsanstalten degradiert, „eine Zeitreise in die Siebziger Jahre", wie Alsago es zuspitzt. Auch wenn im Bereich der Kindertagespflege, für die Heiko Krause vom Bundesverband für Kindertagespflege berichtete, die Betreuungsschlüssel und Gruppengrößen naturgemäß gleich geblieben sind, kam es für die dort Tätigen zu anderen erhöhten Belastungen, vor allem aufgrund einer mangelnden ökonomischen Absicherung, wenn etwa Eltern ihre Kinder vorerst selbst betreuen. Ulrike Grosse-Röthig von der Bundeselternvertretung machte deutlich, vor welche Herausforderungen der Ausfall von KiTa und Schule viele Eltern stellte. Die Sachverständigen waren sich einig, dass eine erneute flächendeckende Schließung von Schulen und KiTas zwar unbedingt verhindert werden muss, dass es damit aber noch nicht getan sei. Diese Erfahrungen decken sich mit dem, was mir auch außerhalb von offiziellen Sitzungen berichtet wird. Sei es bei Quarantäneanordnungen der Gesundheitsämter, die schonmal mit der zwangsweisen Separierung von Eltern und Kindern drohen oder bei der nach wie vor vollkommen ausbleibenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Ausarbeitung und Verabschiedung der Eindämmungsmaßnahmen: Kinderrechte haben derzeit einen schweren Stand. Dabei sollten sie doch vor allem in gesellschaftlichen Krisensituationen dafür sorgen, dass die Schwächsten nicht hinten runter fallen. Und es macht eben einen Unterschied, ob man Schule und KiTa vor allem als Betreuungseinrichtungen wahrnimmt, die den Auftrag haben, Mutti und Vati zu ermöglichen, dass sie pünktlich auf Arbeit erscheinen oder sie als das sieht, was sie sein sollten: essenzielle Lern- und Begegnungsorte, die getragen von den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Besuchenden, auch in Zeiten einer globalen Pandemie ihren ganzheitlichen Auftrag erfüllen. Die Verantwortung, die dafür nötigen Bedingungen herzustellen, hat Politik auf allen Ebenen. Als LINKE werden wir immer wieder daran erinnern.

Norbert Müller (MdB)

Stadt startet Bürgerdialog

Am Westrand des Remisenpark soll eine Sportanlage entstehen. Die Stadt will dazu den Austausch mit den Bürgern suchen. Die ursprünglich für den November vorgesehene Auftaktveranstaltung konnte nun nicht stattfinden, vermutlich erst im Frühjahr. Ideen und Hinweise werden dennoch schon gesammelt. Wer welche hat, kann diese an [bereichsport@ rathaus. potsdam. de] oder per Post an Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Sport, Hegelallee 10, 14469 Potsdam, einreichen.

Marquardt bekommt Bolzplatz

Der Ortsbeirat Marquardt hatte für die Fertigstellung von Bolzplatz und Tischtennisplatte bei der Stadt finanzielle Mittel - etwa 220.000 Euro - beantragt. Die würden dringend für die heranwachsenden jungen Marquardter benötigt. Die Verwaltung gibt nun grünes Licht. Die Planung wird im 4. Quartal in Auftrag gegeben, die bis Mitte des 2. Quartals 2021 ausschreibungsreif vorliegen soll. Frühestens im 3. Quartal 2021 soll dann mit der Maßnahme begonnen werden. Die erwarteten Bau- und Planungskosten werden auf 97.000 Euro geschätzt.

Kinder – und Jugendpolitik: Licht an für Freiräume



Als ich Waldemar und Philipp von den Potsdamer Streetworkern Wildwuchs zum ersten Mal im Sommer traf, waren sie bereits seit vielen Wochen wieder mit ihren Kolleg*innen auf den Straßen Potsdams unterwegs. Zwischen unserem Termin und dem Lockdown im Frühjahr lagen die Sommerferien. Das öffentliche Leben fand unter Berücksichtigung des gebotenen Abstands endlich wieder Draußen statt, Kinder und Jugendliche konnten sich wieder mit ihren Freund*innen treffen und unterwegs sein. Doch gleichzeitig tauchten zum Ärgernis der meisten Stadtbewohner*innen vermehrt Medienberichte über feiernde Jugendliche auf. Klar, dass wir auch bei unserem Gespräch im August ganz schnell auf das Thema kamen. Sie berichteten mir von vielen Diskussionen mit Jugendlichen, in denen die beiden Streetworker gefragt worden waren, wo sie sich denn in der Stadt treffen könnten, um möglichst niemanden zu stören. Sie berichteten von z.T. unschönen Begegnungen mit verständnislosen Erwachsenen. Und sie berichteten von dem Unverständnis darüber, dass die Infrastruktur, die es in der Stadt für Kinder und Jugendliche gibt, z.T. nicht einmal nutzbar ist. Sie meinten damit insbesondere die Skateanlage am Caputher Heuweg in der Waldstadt. Jeden Nachmittag treffen sich hier BMXler*innen und Skater*innen um sich auszuprobieren, ihre Tricks zu verbessern oder einfach nur um sich mit Gleichaltrigen auszutauschen – zumindest so lange, wie das Wetter es zulässt. Denn kaum werden die Tage kürzer oder nasser, ist die Anlage nicht mehr nutzbar. Umringt von Lampen ist sie zwar, aber funktionsfähig sind sie wohl schon länger nicht mehr. Jeder Versuch eine Instandsetzung zu erwirken, ist bisher jedoch erfolglos geblieben.

Wenn wir als LINKE von einer Stadt für alle reden, bedeutet es, dass Menschen jeden Alters, unabhängig von ihrem Geldbeutel, die Möglichkeit wahrnehmen können, die Stadt nach ihren Bedürfnissen mitzugestalten. Das gilt auch für Jugendliche. Statt repressiv gegen feiernde Jugendliche vorzugehen, müssen wir darüber reden, welche Möglichkeiten Jugendliche in Potsdam für ihre Freizeitgestaltung haben, welche Räume ihnen fehlen und wie wir sie darin unterstützen können, sich diese zu schaffen und zu gestalten. Und vor allem bedeutet es auch, die Infrastruktur, die bereits vorhanden ist, Instand zu halten und ggf. weiter zu entwickeln. Aus diesem Grund haben wir es nicht nur bei einem Bürogespräch belassen, sondern trafen uns wenige Wochen später erneut. Diesmal direkt an der Skateanlage des Caputher Heuwegs und vor allem mit den betroffenen Jugendlichen. Das Ergebnis des Treffens ist nun ein Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, der nicht nur den Oberbürgermeister dazu auffordert, die Lichtanlage dauerhaft Instand zu setzen, sondern auch die Beseitigung einiger Mängel vorsieht und die Installation einer Unterstellmöglichkeit für Regenwetter überprüfen soll. Die bei diesem Termin aufgekommene Frage nach der Zukunft von Skatemöglichkeiten in der Landeshauptstadt wollen wir im Jugendhilfeausschuss erörtern – natürlich unter Beteiligung der Skater*innen.

Isabelle Vandre, (MdL)

Wir sagen „Danke Mittelbrandenburgische Sparkasse“

Auch in diesem Jahr gilt unser herzlicher Dank der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS), die auch nach mehr als zehn Jahren weiterhin treu an unserer Seite steht. Ende September trafen sich Vertreter der MBS und des Vereins im Karl-Liebknecht-Stadion, um die Verlängerung der Partnerschaft um ein weiteres Jahr zu manifestieren.

„Wir freuen uns auch in diesem Jahr wieder die Sponsoringvereinbarung mit dem erfolgreichsten Sportclub hier in Potsdam, den Turbinefrauen, verlängern zu können. Wir hoffen und wir wünschen, dass es, trotz der in diesem Jahr etwas schwierigen Rahmenbedingungen, ein erfolgreiches Jahr für Turbine wird. Wir wünschen dem Team auch in diesem Jahr wieder eine erfolgreiche Saison und hoffen, dass sie an die großen Erfolge der Turbinefrauen anknüpfen und wir wieder erfolgreichen Fußball sehen können“, so Dirk Meißner (Filialdirektor Mittelbrandenburgische Sparkasse). Ab dieser Saison werden alle Werbeflächen rund um die Trainerbank unseres Teams im Karl-Liebknecht-Stadion von der MBS genutzt. Mit dieser exklusiven Präsenz unterstreicht unser Partner seine Fannähe und Rolle als starker Unterstützer des Sports in der Region.

Auch der Präsident des 1. FFC Turbine Potsdam, Rolf Kutzmutz, ist sehr erfreut über das Engagement: „Wir sind sehr dankbar dafür, dass die Mittelbrandenburgische Sparkasse die Zusammenarbeit mit unserem Verein fortsetzt. Beide regionaltätigen Partner verbindet bereits eine jahrelange Kooperation.“



“Am Ball”: Rolf Kutzmutz, die neue Mittelfeldspielerin Merle Barth und Dirk Meißner. Foto: Turbine Potsdam

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Die Zeit der Spendensammler naht - Polizei gibt Tipps

Die Weihnachtszeit rückt näher. Eine Zeit, in der vermehrt Spendensammler unterwegs sind und viele Menschen besonders gerne helfen wollen, wie Juliane Mutschischk von der Polizei weiß: "Grundsätzlich ist das Sammeln von Spenden natürlich erlaubt. Allerdings gibt es auch „schwarze Schafe“, die die Gutmütigkeit und Hilfsbereitschaft der Bürger mit betrügerischen Absichten missbrauchen. Hiervor möchten wir warnen und raten:"

- Lassen Sie sich einen Spendenausweis zeigen.
- Spenden Sie nicht leichtfertig und lassen Sie sich nicht zu einer Spende drängen.
- Geben sie auf der Straße nicht zu viele persönliche Daten preis!
- Informieren Sie sich in Ruhe über Ziele und Verwendung des Geldes, lassen Sie sich - wenn möglich - Informationsmaterial geben.
- Sehen Sie sich mögliche Spendenlisten genau an! Rechtschreibfehler oder sehr ähnliche Handschriften sind ein mögliches Indiz für einen Betrugshintergrund.
- Wenn Sie von jemandem angesprochen werden, der Ihnen unseriös erscheint, weisen Sie ihn freundlich aber bestimmt ab.
- Achten Sie auf ihre persönlichen Dinge (Taschen/Rucksäcke, Jackentaschen, Geldbörse, Mobiltelefone).
- Sollten Sie möglicherweise Opfer eines Betruges geworden sein, informieren Sie die Polizei!

Filmmuseum verlängert Sandmann-Ausstellung



Nachdem holprigen Start der aktuellen Filmmuseum-Sonderausstellung (Lockdown vom 13. März bis 24. Juni) haben mittlerweile mehr als 27.000 Gäste den Sandmann auf seiner Zeitreise besucht. Aufgrund dieses Erfolges und des anhaltenden Zuspruchs wird die Ausstellung bis zum 8. August 2021 (Ende der Sommerferien) verlängert.

Gärtnern und Werkeln trotz kommenden Winter im Freien



Das Wendeschleifen-Team wollte sich eigentlich schon in die Winterpause verabschieden. Da nun aber doch noch einige geplante Veranstaltungen ausgefallen sind, hat man kurzerhand die Saison verlängert. Wer jetzt also noch Lust auf etwas Gärtnern und Werkeln im Klimagarten oder "Essbareren Innenhof" in Drewitz hat, darf sich für eine Terminvereinbarung unter 0176-32388706 oder [team@wendeschleife-drewitz. de] melden. Das Angebot ist kostenfrei, grundsätzlich dienstags bis donnerstags zwischen 14 und 17 Uhr möglich und für ein bis maximal vier Personen aus einem Haushalt bestimmt.

Provisorischer Uferweg Speicherstadt

Im Frühjahr wurde seitens der Stadtverwaltung die von den Stadtverordneten beschlossene Einrichtung eines Uferweges im Bereich Speicherstadt während der Bauarbeiten abgelehnt, weil es die Platzverhältnisse nicht zulassen würden und die Uferbereiche durch die Bauarbeiten belegt sein würden. Aus der aktuellen Dokumentation des Anliegers Herrn Blumenthal entsteht der glaubhafte Eindruck, dass ein etwa 5 Meter breiter Streifen frei von baulicher Inanspruchnahme vorhanden ist, auf welchem ein provisorisch befestigter Weg, mit Bauzäunen abgegrenzt, realisierbar erscheint. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion DIE LINKE die erneute Prüfung dieses Bürgeranliegens und beauftragt den Oberbürgermeister erneut zu prüfen, wie auf der ca. 5 m breiten freien Trasse zwischen Havelufer und Baustelle der Speicherstadt ein provisorischer Uferweg hergerichtet werden kann.

Ralf Jäkel

Nach Tag Eins jetzt “BER - Katerstimmung”

Zu den weiteren Aufgaben, vor denen jetzt der Flughafen BER steht, erklärt MARLEN BLOCK, (MdL) Mitglied im Sonderausschuss BER: „Luftffahrtkrise, Klimakrise, noch viele Jahre am Tropf des Steuerzahlers, Versäumnisse und eine Menge offener Aufgaben wie z.B. der Schallschutz. Das ist die schwierige Ausgangslage für die nächsten Jahre. Nach der Freude über die vollbrachte Leistung sind jetzt Demut und vorausschauendes Handeln gefragt.

Dazu gehört, den weiteren Ausbau des Flughafens zu einem internationalen Drehkreuz ad acta zu legen. Davon geht selbst der Chef der Lufthansa aus. Der Lärm- und Schallschutz für die Anwohner*innen, der Ausbau umweltfreundlicher Zuwege, Transparenz und Sparsamkeit im Umgang mit Steuergeldern sind aktuelle Erfordernisse.

Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Krise durch die Corona Pandemie, den Klimawandel und den damit verbunden gesellschaftlichen Herausforderungen muss der Flughafen "Willy Brandt" in den nächsten Jahren kleine Brötchen backen. Denjenigen, die in den letzten Jahren das Projekt finanziell zum Erfolg geführt haben, muss Vertrauen zurückgeben werden. Das sind vor allem die Steuerzahler*innen.“